

Breslauer

Mittagblatt.

Freitag den 7. März 1856.

Nr. 114



Telegraphische Depeschen der Breslauer Zeitung.

Paris, 6. März. Der heutige „Moniteur“theilt mit, daß die Generale in der Krim am 29. Februar die Einstellung der Feindseligkeiten festgestellt haben.

Paris, 6. März, Nachmitt. 3 Uhr. Die 3pSt. Rente eröffnete zu 72, 70, und stieg auf die Mitteilung der „Independance“, daß der Friede gesichert sei, auf 73, 15. Dieselbe schloß fest zur Notiz, Consols von Mittags 12 Uhr und von Nachmittags 1 Uhr waren gleichlautend 91% gemeldet. Desterreichische Credit-Aktien wurden zu 900 gehandelt. — Schluss-Course:

3pSt. Rente 73, 10. 4 1/2 pSt. Rente 96, 50. 3pSt. Spanier 38. 1pSt. Spanier —. Silber-Anleihe 89. Desterri. Staats-Eisenbahn-Aktien 922, — Credit-Mobilier-Aktien 1555.

London, 6. März, Nachmittags 5 1/2 Uhr. Wenig Geschäft, flache Stimmung. Die 3pSt. Rente aus Paris war 73, 10, die 4 1/2 pSt. 96, 50 gemeldet. — Schluss-Course:

Consols 91%. 1pSt. Spanier 23%. Amerikaner 20%. Sardinier 90.

5pSt. Russen 101%. 4 1/2 pSt. Russen 92.

Wien, 6. März, Nachmittags 1 Uhr. Börse fest, günstige Stimmung. Bank-Aktien begeht; Aktien der Centralbahn wurden zu 105% gehandelt.

— Schluss-Course:

Silber-Anleihe 86. 3pSt. Metall. 84%. 4 1/2 pSt. Metalliques 73 1/2.

Bank-Aktien 1090. Nordbahn 256. 1839er Loos 137. 1854er Loos 112 1/2%. National-Anlehen 86 1/2. Desterri. Staats-Eisenbahn-Aktien-Tertifil. 274. Bank-Int.-Scheine 335. Credit-Akt. 364. London 10, 04. August 101 1/2. Hamburg 74 1/4. Paris 119%. Gold 6. Silber 2 1/4.

Frankfurt a. M., 6. März, Nachmitt. 2 Uhr. Behafteter Umsatz, festere Haltung und theilweise höher. — Schluss-Course:

Neueste preußische Anleihe 114%. Preußische Kassenscheine 105%. Köln-Mindener Eisenbahn-Aktien — Friedrich-Wilhelms-Nordb. 63 1/2. Ludwigshafen-Berbach 163%. Frankfurt-Hanau 81. Berliner Wechsel 105%. Hamburger Wechsel 94%. London Wechsel 120%. Pariser Wechsel 94%. Amsterdamer Wechsel 100%. Wiener Wechsel 118%. Frankfurter Bank-Anteile 122%. Darmstädter Bank-Aktien 352. 3pSt. Spanier 38%. 1pSt. Spanier 24%. Kurhessische Loos 41%. Badische Loos 48. 3pSt. Metallique 83%. 4 1/2 pSt. Metall. 76 1/2. 1854er Loos 110%. Desterreich-National-Anlehen 84%. Desterreichisch-Französ. Staats-Eisenbahn-Aktien 312. Desterri. Bank-Anteile 1234. Desterreichische Credit-Aktien 223.

Hamburg, 6. März, Nachmittags 2 1/2 Uhr. Schrift fest bei schwachem Geschäft. Credit-Aktien 187—192 bez. und Gd. Eisenbahn-Aktien 925. —

Schluss-Course:

Preußische 4 1/2 pSt. Staats-Anleihe 100 Br. Preuß. Loos 112%. Desterreichische Loos 113%. 3pSt. Spanier 36%. 1pSt. Spanier 22 1/2.

Russische Stieglich die 1855 90%. Berlin-Hamburger 113%. Köln-Mindener 168. Mecklenburger 56. Magdeburg-Bittenberger 49.

Berlin-Hamburg 1. Priorität 101%. Köln-Minden 3. Priorität 90 Br. Düsseldorf —.

Großdeemarkt. Weizen und Roggen still, noch etwas fester gehalten. Del pro März 30%, pro Mai 31, pro Oktober 28. Kaffee unverändert. Zink still.

Liverpool, 6. März. Baumwolle: 10,000 Ballen Umsatz. Preise gegen gestern unverändert.

Vom Kriegsschauplatze.

Krim. Der Korrespondent der „Times“ erzählt Ausführliches über die Zustände im englischen Lager; daß die Truppen sparen und so viel Geld nach Hause schicken, daß der Post die gedruckten Anweisungszettel ausgingen; daß die Theater, die Bibliotheken, die Vorlesungen übervoll sind; daß die jungen Leute eine wahre Leidenschaft für Bildung bekommen; daß das Lagerleben bei seiner jüngsten Einrichtung die Soldaten wirklich zu besseren Menschen mache, was sich bisher schwerlich von einem anderen Kriegslager sagen ließ. Dabei tauchen immer neue Bühnen auf; die alten werden verbessert, erweitert, mit anständig gemalten Dekorationen und Vorhängen versehen; ja, gäbe es nur eine erste Sängerin und einen Tenor im Lager, man hätte längst eine große Oper zur Aufführung gebracht.

Auf dem englischen Kriegsministerium sind folgende Depeschen des Generals Godrington eingetroffen:

Sebastopol, 16. Februar.

Mylord! Ich habe die Ehre, zu melden, daß am Morgen des 12. Febr. eine auf ungefähr 3000 Mann Infanterie und Kosaken geschätzte Abtheilung Russen auf dem Berggrunde von Kardubel oberhalb des Balaklava-Thales erschien, sich jedoch nach einer kurzen Reconnoisirung zurückzog. Die französischen Ingénieurs strengten am 12. Februar zwei Theile der Wasserleitung, welche früher den Docks von Sebastopol Wasser zuführten. Einige Spreng-Versuche sind an den Mauern der großen Kaserne in der Nähe der Docks gemacht worden, und das Unterminieren hat seinen Fortgang. Das Wetter verhält seit einigen Tagen das allmähliche Nähern des Frühlings, und der Gesundheitszustand des Heeres ist fortwährend trefflich. General Sir Colin Campbell ist am 14. Febr. wieder beim Heere eingetroffen.

W. J. Godrington.

Sebastopol, 19. Februar.

Mylord! Der Gesundheitszustand des Heeres ist fortwährend gut, und wir sind in letzter Zeit während des überaus günstigen Wetters der letzten zehn Tage im Stande gewesen, Schießübungen anzustellen und die Regimenter zu sonstigen Exercitien zu versammeln. Am 17. Februar erhielt die ganze Infanterie den Befehl, sich auf der Höhe des Spaltaus in ununterbrochener Kolonne aufzustellen; allein der Nebel und seine Regen während der Nacht, der sich am Tage in Hagel verwandelte, veränderte die Beschaffenheit des Bodens, und das Thermometer sank bis auf 18 Grad (Fahrenheit), während wir in der vorigen Nacht 9 Grad hatten. Die Parade ward natürlich aufgeschoben; allein sie würde uns gezeigt haben, wie alle Truppen durch die Fürsorge der Regierung und durch die Bemühungen und die Aufmerksamkeit der Divisions-, Brigades- und Regimentskommandeure an Gesundheit und Stärke zugewonnen haben. Ich bin fest davon überzeugt, daß alle diejenigen unserer Verbündeten, die Lust verspürt hätten, zugegen zu sein, sich über die gute Beschaffenheit des Heeres, welches dieser Wintertag. Wir haben 14 Grad, und es ist bitterlich kalt in Folge des starken Windes. Da dieser Wechsel so plötzlich eingetreten ist, so hat vielleicht Mangel an Vorsicht einige Frostbeulen verursacht. Das Interesse an den Schießübungen, die wir mit den Enfield-Wüchs, jener schönen Waffe, vornehmen, werden wir nächstens dadurch erhöhen, daß wir für einige den besten Schützen auszuführende Preise subskribiren.

W. J. Godrington.

Preußen.

Berlin, 6. März. Gestern fand zur Feier des Geburtstages Sr. Hoh. des Herzogs Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin bei Ihren königl. Majestäten Diner en famille statt, dem auch Ihre königliche Hoheit die Großherzogin Mutter von Mecklenburg-Schwerin, Se. Hoheit und

Ihre Kaiserl. Hoheit der Herzog und die Herzogin Georg von Mecklenburg-Strelitz, sowie der Fürst und die Fürstin von Windischgrätz beiwohnten.

(St.-Anz.)

Königsberg, 4. März. Heute Abend trafen hier aus St. Petersburg die Flügel-Adjutanten Sr. Majestät des Kaisers, Graf Schouvaloff und Lewaschow, ein, und sezten nach eingenommenem Souper noch mit dem Nachzuge ihre Reise nach Paris weiter fort. Dem Unternehmen nach wären die Herren mit speziellen Aufträgen an den Grafen Orloff betraut.

(Kön. Ztg.)

* Plesschen, 3. März. Nachdem, durch die im Herbst hier ins Leben gerufenen Suppen- und Brodtvertheilungs-Anstalten, dem zu Anfang des Winters sehr befürchteten Überhandnahmen des Glends unter den ärmeren Volksklassen nach allen Seiten gesteuert wurde, unternahmen es gestern einige hiesige sehr achtbare Einwohner, auch den sogenannten verschämten Armen durch Veranstaltung eines Konzerts etwas zuzuwenden. Fast überall findet man solche Arme, die mit Resignation eher den Hungertod erwarten, als jemanden um eine Spende auffordern, und der Wohlthat am meisten wert und bedürftig sind. Durch rege Theilnahme an diesem Konzert hat unser Städteh wieder seinen Wohlthätigkeitsfond an den Tag gelegt, und wie konnte dieses Unternehmen, angeregt von den hier hervorragendsten Personen etwas anderes erwarten lassen? — Das unter Leitung des Herrn Rechtsanwalts v. Lisiicky, eines anerkannten Violin-Musikers, dem seine schon jetzt in der Musik viel versprechende 10jährige Tochter a compaginata, veranstaltete Konzert, hat hier den besten Eindruck gemacht, sowohl wegen der trefflichen Auswahl der vorgetragenen Piecen, als wegen der präzisen Aufführung derselben, und ist besonders erwähnenswerth, welchen Eifer Herr v. Lisiicky der guten Sache gezeigt, nicht nur dadurch, daß er das Konzert angeregt, und alles für die allgemeine Betheiligung aufgeboten, sondern auch dadurch, daß er mit künstlerischer Hingabe sich bemüht, den Zuhörern einen angenehmen Abend zu bereiten. Es bleibt weiter nichts zu wünschen, nur daß derartige Unternehmungen bei den so bedrängten Verhältnissen öfter wiederholt werden.

Frankreich.

Paris, 4. März. [Die sogen. Präluminarien.] Große Heiterkeit erregten heute in Paris die belgischen Journale, welche die armen Pariser verböhnen, daß sie am letzten Sonntag den Abschluß des Friedens noch nicht gekannt haben, während ganz Belgien in Jubel darüber war. Am lächerlichsten hat sich dabei die „Emancipation belge“ gemacht, die mit dem größten Ernst und unter ihrer Garantie nicht allein den ganzen Vorgang in die Kongress-Sitzung vom letzten Sonntag, sondern sogar in eine Rede des Grafen Orloff bringt, worin derselbe ankündigt, daß er den Vertrag von Adrianopel, den er angefertigt, auch zerreißen werde. Die Rede des Kaisers und die halboffiziellen Abend-Journale widerlegen bereits die Versicherungen der belgischen Blätter. Der „Constituionnel“ sagt darüber, wie folgt: „Auf nichts begründet und rein aus der Lust geprägte Depeschen, welche den Abschluß des Friedens, und im Voraus eine angebliche Erklärung, welche die Rede des Kaisers enthalten sollte, ankündigten, wurden am letzten Sonnabend Abends von Paris aus an die brüsseler und an die londoner Journale befördert, und zwar so, daß sie am Montage Morgen wieder in Paris zurück sein müssten. Wir wollen nicht untersuchen, welches der Zweck dieser Massenwerken konnte, da es hinreich, sie zu enthüllen. Das „Siècle“ giebt den ehrenhaften Kaufleuten den Rath, ihre Operationen nur mit der größten Vorsicht zu unternehmen. Dieses ist ein guter Rath, und wir schließen uns ihm an. Das der pariser Presse aufgezwungene Schweigen lässt das Feld frei für die Bosheit und die nicht loyalen Spekulanten. — Der Kongress hielt heute seine vierte Sitzung. Dieselbe dauerte über vier Stunden.

(R. Z.)

Wie Sie wissen, brachte die „Indépendance belge“ am Sonnabend die erste Nachricht von dem großen Ereignisse in Form einer telegraphischen Depesche. Auf Ordre des Ministers wurde nun heute in den Bureaux des Telegraphen nach dem Absender der Depesche geforscht, es hat sich aber herausgestellt, daß eine derartige Depesche gar nicht abgesandt worden ist. Die Wahrheit ist, daß hr. Sidney Grönau, der bekannte Y-Korrespondent der „Indépendance“, Sonnabend Abends die Nachricht per Post nach Brüssel gesandt, und die „Indépendance“ dieselbe als Depesche gebracht hatte, um das „évenement immense“ mehr ins Licht zu setzen. Wie sich die belgischen Journale aus dieser Klemme ziehen werden, steht zu erwarten, nur muß ich bemerken, daß hier fest behauptet wird, das Ganze sei ein coup de bourse gewesen.

Um auf die Sache selbst zurückzukommen, bleibt nun festgestellt, daß am Sonnabend allerdings die Friedens-Präluminarien gezeichnet wurden, daß aber diese Präluminarien nur die einfache Wiederholung der österreichischen Vorschläge sind. Alle seitdem bereiteten Fragen (Bormarfund, Nicolajeff und Kars), bleiben dadurch gänzlich unberührt und damit die Hauptfrage also noch ungelöst.

(N. Z.)

Ihre Leser wissen nun mehr, was es mit der Unterzeichnung des Protokolls der dritten Konferenzsitzung vom 1. März auf sich hat. Es ist in diesem Protokoll anerkannt worden, daß der die Annahme der österreichisch-westmährischen Propositionen von Seiten Russlands konstatirende protokollarische Art, der in Wien unterzeichnet worden ist, die Bedeutung einer acete préliminaires habe. Man hat damit ausgesprochen, daß jenes Protokoll die Grundlage für die Präzisirung der Präluminarien zu bilden habe, man hat aber die Abschließung eines Präluminar-Vertrages dadurch nicht anticipirt und nicht für überflüssig erklärt. Es ist ein Schritt vorwärts geschehen zum Frieden, aber es ist nur ein zweiter Schritt, wie die petersburger Annahme - Erklärung ein erster war. Es wird einige Zeit vergehen, bis der letzte erfolgt. Die Erklärung, zu welcher man sich am 1. März vereinigt, hat nur den Zweck, die Detailverhandlungen eröffnen zu können, ohne durch den Mangel eines vorbereitenden Präluminarvertrages gehindert zu sein. Ich möchte das Überspringen dieser Form, oder vielmehr die beliebte provisorische Ergänzung derselben nicht eben günstig deuten. Es hat fast den Anschein, als wolle man sich durch Präluminarien nicht binden, um, für den Fall, daß der Friede jetzt nicht zu Stande käme, bei künftigen Verhandlungen nicht präju-

dizirt zu sein. Ich gestehe indeß, daß ich hier nur eine Kombination aufstelle, welcher eine entgegengesetzte mit gewiß gleicher Berechtigung gegenüber treten kann.

(B. B. Z.)

[Berstörung der französischen Niederlassung auf Madagaskar.] Das auf der Insel Mauritius erscheinende französische Journal „Le Gerneen“ berichtet aus Madagaskar vom 24. Dezember: „Herr d'Arvoys, früher französischer Konsul auf Mauritius, der seit einem Jahre an der Bucht Baotoubé wohnte, wo er für Rechnung einer französischen Gesellschaft eine Kohlengrube betrieb, ward in der Nacht auf den 19. Oktober von 1500 bis 2000 Hovas (Bezeichnung der regelmäßigen Truppen der Königin von Madagaskar) überfallen, getötet und verstümmelt; dasselbe widerfuhr mehreren anderen Franzosen und vielen Sakalaven. Die Niederlassung wurde gänzlich zerstört, und die Hovas schleppten die dem Blutbade entgangenen etwa 100 Arbeiter, worunter ein schwer verwundeter Franzose, als Gefangene fort. Sie nahmen ferner fünf Kanonen, so wie Flinten und Pulver weg und schickten die ganze Beute nach Emryne ab. Der durch sie angerichtete materielle Schaden beträgt 450- bis 500,000 Franken. Die Königin Nanavale ließ, sobald sie den Vorgang erfuhr, das Volk ihrer Hauptstadt versammeln und ihm den Bericht des Generals der Hovas vorlesen, worauf zur Feier des von ihren Truppen durch Überfall über wenige Franzosen erlochenen Sieges auf ihr Geheiz sieben Kanonen schüsse abgefeuert wurden. Das Gebiet, wo der Überfall stattfand, ist Kraft des alten Rechts von Frankreich auf Madagaskar und Kraft der Abreitung derselben an Frankreich durch den einzigen thatsächlichen Besitzer, den ehemaligen König von Rossibé, französisches Gebiet, und die französische Flagge wehte auf dem Fort, das zerstört worden ist. Die Niederlassung war auf Unrattheit der französischen Regierung erichtet, und ihr Schutz derselben versprochen worden. Zwei der weggenommenen Kanonen hatten die Fregatte „Erigone“ hergegeben. Die so verrätherisch überfallenen und ermordeten Arbeiter sind Franzosen, eben so wie die nach der Hauptstadt Hova, um dort hingerichtet oder mindestens als Sklaven verkauft zu werden, abgeführtten Gefangenen.

Großbritannien.

London, 4. März. In der gefrigen Oberhaus-Sitzung beantragte Lord Brougham die Ausarbeitung und Vorlegung genauer statistischer Berichte über die Thätigkeit der verschiedenen Gerichtshöfe. Der Lord-Kanzer ver sprach, daß diesem Wunsche Genüge geschehen sollte. Lord Monteagle vertrat seinen Finanz-Verwaltung der Intendantur betreffenden Antrag auf nächsten Donnerstag.

In der Unterhaus-Sitzung lehnte Layard die Aufmerksamkeit des Hauses auf den gegenwärtigen Stand der Beziehungen Englands zu Persien. So weit er, dem die amtlichen Dokumente nicht zugänglich seien, die Sachen beurtheilen könnte, liege dieselbe ungefähr folgendermaßen. Ein gewisser Mirza Hashim, der in Verbindung mit der persischen Regierung gestanden und geglaubt habe, von derselben schlecht behandelt worden zu sein, sei in die britische Gesandtschaft geflüchtet. Da er dort nicht wohl seines Aufenthalts habe nehmen können, so habe ihn der Gesandte, Herr Murray, als britischen Agenten nach Schiras geschickt. Mirza Hashim sei mit einer Verwandten des Schah verheirathet, und seine Frau sei, trotz des Protestes Murrys, aus der englischen Gesandtschaft entfernt worden. Hierauf habe der Gesandte ein Ultimatum an die persische Regierung gerichtet, auf welches diese eine abschlägige Antwort ertheilt habe. Den letzten Nachrichten aus Indien zufolge, solle eine Expedition von Bombay nach Buschir abgehen. Seiner Ansicht nach sei das Recht nicht auf Seiten Englands. Die Perser seien in Bezug auf ihre Weiber sehr empfindlich, und die Frau Mirza Hashim's sei aus königlichem Geblüte. Vertragmäßig dürfe England nur in Tabriz und Teheran Agenten halten. Trotzdem habe man den Mirza Hashim nach Schiras gesandt. Man habe sowohl von dem Schah, wie von seinem Minister Entschuldigungen wegen ihres Benehmens verlangt, obwohl es sich nicht ziemt, von einem König zu verlangen, daß er sich entschuldige. Um dem Ultimatum Nachdruck zu geben, habe man den ersten Schritt zu einem Kriege mit Persien gethan. Ein solcher Krieg aber sei unter den obwaltenden Umständen unpolitisch, indem er Persien Angland in die Arme werfen werde. Lord Palmerston entgegnete, es sei wohl schwerlich im Interesse Englands gehandelt und könne kaum dazu dienen, die Schlichtung derartiger Zwistigkeiten zu fördern, wenn ein über die Sachlage nur unvollkommen unterrichtetes Parlaments-Mitglied so ohne Weiteres erklärt, daß England im Unrecht und die ihm gegenüberstehende fremde Macht im Rechte sei. England habe in der Regel in Schiras einen Agenten gehabt. Die Frau des Mirza Hashim sei keineswegs eine Verwandte des Schahs, und es sei Brauch, den Schah, welche eine Gesandtschaft dem gewähre, der bei ihr vor Verfolgung seine Zuflucht suche, auch auf dessen Familie auszudehnen. Herr Murray habe verlangt, daß die Frau des Mirza ihrem Gemahl zurückgegeben werde, und in Folge davon habe der persische Minister sehr unzimliche Briefe an ihn geschrieben. Der Schah selbst habe sich unnötigerweise an den Korrespondent betheiligt, und der Ton seiner Briefe sei ein nichts weniger als höflicher. Nicht eine Entschuldigung, sondern nur die Zurücknahme des beleidigenden Briefes habe Murray von dem Schah verlangt. Als dies verweigert worden, habe er seine Flagge eingezogen und Teheran verlassen. England befindet sich nicht im Kriege mit Persien; aber Murray habe die Regierung von Bombay gebeten, zwei kleine Schiffe in den persischen Meerbusen zu schicken, um die britischen Interessen in Schiras zu schützen. — Disraeli fragte, wie es sich mit der angeblich in Paris erfolgten Unterzeichnung der Friedens-Präluminarien verhalte. Lord Palmerston erwiderte: Es ist dem Hause und dem Lande bekannt, daß Österreich vor einiger Zeit mit der vorherigen Einwilligung Frankreichs und Englands gewisse Artikel als Bedingungen vorschlug, die als Grundlage eines Friedensvertrages zwischen den kriegsführenden Mächten dienen sollten.

sollten, ohne erst die gewöhnliche Form eines besondern Präliminar-Vertrags durchzumachen, sofort zur Diskussion der andern Fragen schreiten, von welchen der definitive Vertrag abhängen würde. Genau so stehen die Sachen. Es lässt sich gewissermaßen sagen, daß ein Präliminar-Vertrag unterzeichnet worden ist, insofern nämlich jenen Artikeln die Bedeutung eines solchen Vertrags beigelegt worden ist. Doch ist kein von den Bevollmächtigten unterzeichnet und von den Souveränen zu ratifizierender Vertrag abgeschlossen worden, wenn auch der Sache nach ein Präliminar-Vertrag unterzeichnet worden ist.

Israels: Wann? *Lord Palmerston:* In voriger Woche; ich weiß nicht mehr ganz genau, an welchem Tage, doch ganz vor Kurzem. Das Armeebudget wurde hierauf im Subsidien-Komitee beraten und 26,000,000 Pfd. wurden aus dem konsolidirten Fonds zur Befreiung der votirten Subsidien angewiesen.

A f i e n.

Der „Times“ sind nun über Marseille aus Calcutta, Bombay und Hongkong sowohl Zeitungen wie Korrespondenzen zugekommen, welche die aus Triest telegraphirten Nachrichten der neuesten ostindischen Post weiter ausführen und ergänzen. Was zunächst die beschlossene Einverleibung von Oude betrifft, so wird darüber aus Calcutta vom 24. Januar geschrieben, daß zwar die betreffende Proklamation noch nicht erschienen, der Befehl zu dieser Maßregel aber ertheilt sei, und daß Truppen in bedeutender Anzahl nach Cawnpore sich in Bewegung setzten, wo eine Armee von 16,000 Mann zusammenmengenommen werden, die in den nächsten Tagen von dort auf Lucknow vorrücken solle; man erwarte keinen Widerstand, aber Lord Dalhousie habe es sich stets zur Regel gemacht, nicht durch einen unzeitigen Anstoss von Sicherheitsgründen die Misstrauen zu ermutigen. Da dem General-Gouverneur von seinen Oberen die Wahl zwischen Annexierung und Sequestrierung gelassen worden, so habe er, wie gewöhnlich, die vollständigste und entschiedenste von beiden Maßregeln ergriffen, nämlich die letztere. Der Unterschied sei der, daß in einer sequestrierten Provinz der Überschuss ihrer Einkünfte statt in die allgemeinen Revenüen des ostindischen Reiches zu fließen, in der betreffenden Provinz selbst ausgegeben und verwendet werden müsse; dieses System stehe bei den älteren Beamten in großer Gunst und habe allerdings große Vorzüglichkeit; die Provinz gedeihen dabei gewöhnlich sehr wohl, denn es werde mehr für öffentliche Bauten in derselben und für Verbesserungen jeder Art verausgabt, auch handhabt der britische Kommissar in solchem Falle die ganze Autorität des eingeborenen Hofs und könne mit etwas strengeren Mitteln, als das britische Gesetz ihm erlaubt würde, Verbrechen unterdrücken und das Eigenthum schützen; diese Vortheile aber würden durch die grosse Ungerechtigkeit dieser Alternative überwogen, denn während die Provinz den vollen Nutzen von der kostspieligen Verwaltung, von der starken Armee, von den unbefestigten Beamten und von der Friedens- und Sicherheitsgewähr des britisch-ostindischen Reiches habe, steuere sie in diesem Falle nicht das geringste dazu bei. Mysore sei eine solche sequestrierte Provinz, aber dieser Versuch werde schwerlich wiederholt werden, gewiß nicht in Oude, sondern hier werde man vollständig das System anwenden, welches sich in Pendjab so vortrefflich bewährt habe. „Es geht zwar das Gericht“, so bemerkt der Korrespondent der „Times“ weiter, „die Nepalesen wollten auf ein Stück von dem Kuchen Anspruch machen, aber sie haben schon hinreichend zu thun, und Jung Bahadur verfehlt unsere Politik zu gut, als daß er einen so tollen Streich unternehmen sollte.“ Der König von Oude würde also mit einer Pension von monatlich 1 Lak Rupien (120,000 Pfd. St. jährlich) entlassen werden und wahrscheinlich seine persönlichen Freiheiten behalten; den Jagdhunden werde man für ihre Lebenszeit den zinsfreien Genuss ihrer Ländereien überlassen, aber sofort eine neue Ordnung in den Verhältnissen des Grundbesitzes einrichten, so daß man in 3 Jahren einen Überschuss der Einkünfte im Verlauf von 1½ Millionen Pfd. zu erreichen hoffe; es sei aber wahrscheinlich, daß dieser Überschuss 2½ Millionen betragen werde, denn Oude sei eines der reichen Länder in Afien, sein Boden so fruchtbar wie der des Doab und der Mineral-Reichtum seiner östlichen Bezirke so groß wie der von Cornwallis; unter britischer Herrschaft werde seine Bevölkerung ohne Zweifel so schnell, wie die der nordwestlichen Provinzen zunehmen, und Distrikte, welche in der letzten Zeit ganz verdet waren, wie der von Nanpura, werden zu Wohlstand gelangen. Zu dedauern sei nur, daß Lord Dalhousie nicht in Ostindien bleibe, um sein begonnenes Werk zu vollenden. Am 28. Februar werde Lord Canning, der neue General-Gouverneur, in Calcutta erwartet, und sein Vorgänger gedenke am 10. März abzureisen, leider in sehr angegriffenem Gesundheitszustande, denn er habe sich fast zu Tode gearbeitet und vor einigen Tagen kaum vermögt, die Mitglieder des bengalischen Klubs, welche ihn zu einem Diner einzuladen kamen, stehend zu empfangen; die ganzen Pläne für die künftige Regierung habe er mit eigener Hand entworfen, ebenso die vollständigen Rechnungen und verschiedene andere Papiere. (Pol.-Bl.)

hat man noch nichts vernommen; das zu seiner Aufsuchung abgesetzte Dampfschiff war noch nicht zurückgekehrt.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 1. März. [Allgemeine Versammlung der schlesischen Gesellschaft v. K.] In dem gestrigen Vortrage setzte Herr Geh. Bergrath Steinbeck die Mittheilungen aus der Lebenschicht des Ministers von Schlabendorf fort. Nachdem der Redner früher die ruhmvolle Thätigkeit des schlesischen Ministers in den kürzlichen Kriegszeiten geschildert, gab er diesmal eine anziehende Darstellung seines fridrichslichen Werks. An der Spitze der Verwaltung hielt sich v. Schlabendorf von jeder Einseitigkeit frei, und es gibt schwerlich irgend einen Zweig, der von seinem Einflusse unberührt geblieben. Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II. hatten frühzeitig die Wichtigkeit des Landbaues erkannt, und deshalb der Domänenverwaltung die größte Aufmerksamkeit zugewandt. Friedrich der Große war in Küstrin bekanntlich für das Domänenfach ausgebildet, und vielen seiner Beamten überlegen. Der Minister v. Schlabendorf suchte nun seine reichen Erfahrungen, die er bei der magdeburger Verwaltung gewonnen, namentlich zur Verbesserung der Landwirtschaft in Schlesien möglichst nutzbar zu machen. Vor allem wurde den verheerenden Folgen des 7jährigen Krieges möglichst gesteuert und darauf hingewirkt, daß die Bauerngüter nicht verlassen würden. Man erleichterte die Lasten und ermunterte die Gutsbesitzer zur kräftigen Unterstützung ihrer Ortsangehörigen. Die königl. preuß. Konstitution d. o. Potsdam 17. Juli 1749 ordnete die notwendigen Maßregeln, welche später noch durch mehrere königl. Edikte ergänzt wurden. Es war der Zweck aller dieser Verordnungen, eine angemessene Bevölkerung zu erhalten. Hiermit stand nämlich die damalige Kriegs- und Finanzpolitik im genauesten Zusammenhang. Man wollte neben den zum Militärdienst erforderlichen Leuten auch möglichst viele Arbeitskräfte gewinnen, um die Naturprodukte im Lande zu verarbeiten. Die Ausfuhr von Industrieartikeln sollte unter allen Umständen begünstigt werden, die Einfuhr dagegen durch hohe Zölle beschränkt sein. Auf diese Weise gedachte man, den Nationalwohlstand am sichersten zu heben. Im Laufe des 7jährigen Krieges hatte sich die Bevölkerung Schlesiens um ein Sechstel vermehrt. Nach Abschluß des hubertsburgschen Friedens bedurfte es der ganzen Wachsamkeit und der an Rücksichtslosigkeit grenzenden Energie des Ministers, um eine Regulierung der zerrütteten Verhältnisse anzubahnen. Der Dismembration von Stiftsgütern wurde vorgebeugt, die Gemeintheitstheilung geschaffen und die Grundeigentumlichkeit beseitigt. Zahlreiche Wülfungen in den Städten und Dörfern erfuhrn unter Staatshilfe einen raschen Wiederaufbau. Auf den königlichen Gütern wurde mit den Verbesserungen der Landwirtschaft begonnen und das gegebene Beispiel bald in allen Kreisen nachgeahmt. So ward die Kartoffelkultur eingeführt, der Anbau des Klees, der Röthe, des Tabaks, der Delphinie und des Hopfens gefördert. Auch die Tuch- und Wollwarenberei, sowie überhaupt die Fabrikation und der Handel dehnten sich bald nach allen Richtungen hin aus, und selbst der Bergbau konnte schon damals gedeihliche Resultate versprechen. Diese vielseitigen und nachhaltigen Verdienste um die verschiedenartigsten Kulturmärkte haben dem Minister von Schlabendorf in Schlesien ein bleibendes, dankbares Andenken geschenkt.

Breslau, 7. März. [Polizeiliches.] Es wurden gestohlen: Heiliggeiststraße Nr. 21 4 Frauenhemden, 4 Mannshemden, 3 derselben gez. R. II., 1 gez. G. I., 1 Bettluch, 1 weißer Kopfkissen-Bezug, 3 Stück Handtücher, gez. A. B., 2 weiße Servietten, 1 weiße Deckenbüche, 2 Schürzen und vier Schnupftücher; Neufeststraße Nr. 52 ein grau karrirter Lama-Frauen-Ueberrock mit Kattun gefüttert, so wie 1 schwarze Luchjacke mit Sammet-Bezirk und grauem Parchentfutter; Öderstraße Nr. 17 1 Sack Lupinenasen; Fürgässchen Nr. 4 ein schwarzer Merino-Frauen-Ueberrock, Worth 7 Thlr.; Jüterbogstraße Nr. 19 ein circa 10 Pfund schwerer Schinken; Ring Nr. 42 ein hellgrauer mit Seide besetzter Düssel-Damenmantel; Graben Nr. 24 1 langgestreifter violetter Frauen-Ueberrock, 1 Mannshemd, 1 weißes Vorhemdchen, gez. A. II., 1 gelber Schnupftuch, gez. A. II. und 3 weiße Kragen; Heiliggeiststraße Nr. 19 4 weiße Betttücher, eins davon gezeichnet W. O., 3 Herrenhemden, gez. F. K., 5 Kinderhemden, zwei mit E. K. gez., 4 Frauenhemden, eine mit G. K. gez., 1 Schwarz- und grünkarriert Frauen-Ueberrock, 1 weiße Tischdecke, gez. B., 1 Handtuch, 2 Paar Kinder-Unterhosenkleider von Parchent, 1 Kinder-Unterrockchen von blauer und gelber Farbe, und ein blau- und grünfarbiges Umhlagetuch; Taunenzienstraße Nr. 5 ein grosser kupferner Kessel; das an der Teich- und Angergassen-Ecke gelegene eiserne Kanalgitter.

Verloren wurde: 1 Packt, gez. „G. A. # 1 Annaberg in Sachsen“, enthaltend mehrere Rechnungen und verschiedene andere Papiere. (Pol.-Bl.)

Gerichtliche Entscheidungen, und Verwaltungs-Nachrichten etc.

P. C. Nach Artikel 30 des Gesetzes vom 3. Mai 1852 ist für die Verhandlung und Entscheidung in Strafsachen der Gesichtspunkt, unter welchem die Anklage des Staatsanwalts die That des Angeklagten gebracht hat, nicht maßgebend; es soll vielmehr diese That nach allen Richtungen, welche in ihr sich aussprechen, geprüft und beurtheilt werden. In Schwurgerichtssachen werden deshalb den Geschworenen häufig neben der Hauptfrage, welche in der Anklage formulirte That betrifft, noch eventuelle Fragen vorgelegt, um zu ermitteln, ob den Angeklagten wegen der That nicht andere, weniger erhebliche Vorwürfe treffen, ob z. B. der einer Fälschung Beschuldigte nicht wenigstens einen Betrug begangen habe. Das königliche Obertribunal hat nun fürgleich Veranlassung gefunden, sich über den Zeitpunkt auszu sprechen, bis zu welchen derartige Zusatzfragen im Audiencetermine gestellt werden dürfen. Es war nämlich Demand der Infertigung einer falschen Urkunde angeklagt und deshalb aus § 247 des Strafgesetzbuchs vor das Schwurgericht gestellt worden. Im Termine wurde, nachdem die einzige auf Erledigung der Anklage gerichtete Frage von den Geschworenen verneint war, auf Antrag des Staatsanwalts eine Zusatzfrage dahin gestellt, ob Angeklagter des Gebrauchs einer falschen Urkunde im Sinne des § 249 a. d. Schuldig sei. Diese Frage wurde bejaht und demgemäß Angeklagter vom Schwurgerichtshof nun zu zwei Jahren Buchthaus und 50 Thlr. Geldbuße verurtheilt. Auf eingelegte Nichtigkeitsbeschwerde hat der oberste Gerichtshof das Erkenntniß und das Verfahren aus § 249 vernichtet, weil die an sich nicht unzulässige Zusatzfrage jedenfalls vor Bekündigung des Strafgerichts der Geschworenen auf die ihnen übergebene, vorausgegangene Hauptfrage hätte gestellt werden sollen. Mit dem Verdict seien nach Art. 79 des Gesetzes vom 3. Mai 1852 die thatfächlichen Gröterungen vor dem Schwurgericht abgeschlossen; auch könne die nachträgliche Zulassung einer eventuellen Frage nach dem Bekanntwerden der Ansicht der Geschworenen leicht als ein Mittel, anscheinend unrichtige Erklärungen zu berichtigten, betrachtet werden und somit einen unstatthaften Einfluß auf die freie Überzeugung der Geschworenen ausüben. Es ist deshalb die verplante Stellung der Zusatzfrage als ein wesentlicher Verstoß im Sinne des Art. 105 des Gesetzes vom 3. Mai 1832 erachtet worden.

C. B. Durch Verordnung des Hrn. Ministers v. Raumer vom 8. Febr. welche allen Regierungen durch Circular zugeschickt ist, wird angeordnet, daß die durch die Erlasse vom 1. Dezember 1825 und 31. Juli 1839 auf 15 Thlr. festgesetzten Gebühren für die Physikalischen Prüfungen, da dieser Satz nicht mehr im richtigen Verhältniß zu der durch den Antrag zu dieser Prüfung und durch den oft ansehnlichen Umfang der Probearbeiten in neuerer Zeit erheblich gesteigerten Mühehaltung der Graminatoren stehe, fortan auf 26 Thlr. erhöht werden soll. Davon fallen 14 Thlr. sofort bei Zusendung der Thesata, und 12 Thlr. bei der Meldung zur praktischen und mündlichen Prüfung an die Generalkasse des Kultusministeriums entrichtet werden.

Nach § 263 des Strafgesetzbuchs soll Dergenje, welcher sich von seinen Schulden höhere Zinsen, als die Gesetze zulassen, vorbedingt, und diese Überschreitung gewohnheitsmäßig betreibt, mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft werden. Bei Anwendung dieser Gesetzesstelle hat das königl. Obertribunal jüngst angenommen, daß der Begriff der Gewohnheitsmäßigkeitsprinzipiell ein mehrmaliges Handeln erfordert, nicht aber dadurch bedingt werde, daß gegen verschiedene Personen der Buße betrieben sei.

P. C. § 266 des Strafgesetzbuchs bestimmt die Strafe des gewerbsmäßigen Hasardspiels, und der § 267 bedroht die Inhaber öffentlicher Versammlungsstätter, welche Hasardspiele an diesen Orten gestatten oder dort zur Verheimlichung solcher Spiele mitwirken, mit einer Geldbuße von 20—500 Thlr. In der Praxis war durch die unmittelbare Aufeinanderfolge beider Strafvorschriften der Zweifel entstanden, ob § 267 nur das Dulden eines gewerbsmäßigen Hasardspiels betreffe, oder jedes Hasardspiel im Auge habe. Das königliche Obertribunal hat sich mit Rücksicht auf die Verhandlungen des ständischen Ausschusses von 1847 und auf den Kommissionsbericht der 2. Kammer über § 267 des Strafgesetzbuchs für die lebhafte Alternative entschieden. Demnach dürfen die Restaurants, Cafetiers und ähnliche Wirthschaften in ihren Lokalen überhaupt nicht dulden. Ihre Strafbarkeit ist indessen nach früheren Aussprüchen des obersten Gerichtshofes dadurch be-

dingt, daß nicht etwa blos zum Vergnügen und Zeitvertreib, z. B. um die gewöhnliche Zech, sondern aus Gewinnsucht gespielt wird.

Es besteht bekanntlich für den Empfänger eines Briefes die gesetzliche Verpflichtung, das Bestellgeld an den Briefträger zu entrichten, und dasselbe auch für portofreie Korrespondenz zu bezahlen. Das Bestellgeld für die von den königlichen Gerichtsbehörden ausgehenden Verfügungen und Ausfertigungen muß daher, wenn die Befüllung desselben durch einen Briefträger be wirkt worden ist, gleichviel, ob jenen Verfügungen und Ausfertigungen Be handlungsscheine beigelegt sind, und gleichviel, ob sie als portofreie Zusatzsache bezeichnet sind oder nicht, ebenfalls an den Briefträger entrichtet werden, wobei jedoch den Adressaten überlassen bleibt, Erfassungsrechte, die sie deshalb an den Absender oder gar einen sonst beteiligten Dritten zu haben glauben, diesen gegenüber geltend zu machen. Wird dem Briefträger, resp. Landbriefträger, in solchen Fällen die Bezahlung des Bestellgeldes verweigert, so wird von der betreffenden Postanstalt die exekutive Beiteiligung des unbekannten Bestellgeldes veranlaßt. Schon jetzt hat zwar die Zahl der Fälle, in denen in dieser Weise exekutivisch verfahren werden muß, sich mehr und mehr vermindernd. Dennoch hat das königliche Generalpostamt jetzt noch einmal für zweckdienlich erachtet, das Publikum auf die Nachnahme aufmerksam zu machen, die aus einer exekutiven Beiteiligung des Bestellgeldes entstehen, und dasselbe ausdrücklich zu belehren, daß dann auch noch Exekutionsgebühren eingezogen werden, welche nach dem Tarif vom 30. Juli 1853 zum Ansatz kommen, und den Betrag des Bestellgeldes bei weitem übersteigen. Eine solche belehrende Bekanntmachung des königlichen Generalpostamts wird durch die Regierungs-Amtsblätter zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

P. C. Wie eine vom Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten an die königlichen Ober-Post-Direktionen erlassene Circular-Verfügung besagt, sollen die in der Postdienst-Instruktion enthaltenen Grundsätze wegen unentbehrlicher Versendung und Vertheilung von Probeblättern und Ankündigungen neu erscheinende Zeitungen vor jetzt an eine erweiterte Anwendung auf die bereits erscheinenden Zeitungen finden. Auch diesen soll in Betreff des Probeblätters und Ankündigungen die gleiche Vergünstigung zu Theil werden, ohne die etw. Wiederholung auszuschließen, so lange daraus nicht unverhältnismäßige Belästigungen für den Dienstbetrieb erwachsen. Bei schon erscheinenden inländischen Zeitungen bedarf es wegen Übernahme der Verbreitung von Probeblättern und Ankündigungen nicht erst des Bernehmens mit dem Regierungs-Präsidenten. Dagegen verbleibt es hinsichtlich der in fremden Postverwaltungs-Bezirken ausgegebenen Zeitungen bis auf weiteres bei den bisherigen engeren Vorschriften.

In einem Circular-Erlasse des Hrn. Ministers für die Medizinal-Angelegenheiten an sämtliche Bezirks-Regierungen ist verordnet:

daß Ausländer als Lehrlinge in preußischen Apotheken nur dann zuzulassen sind, nachdem sie vor dem betreffenden Kreis-Physikus ihre Fähigkeit dazu in der für Inländer vorgeschriebenen Weise dargethan haben.

Ob und wie weit die bereits im Auslande zurückgelegten Lehr-Jahre für den Fall der Zulassung des Ausländer zur Gehilfen-Prüfung auf die gesetzliche Lehrzeit mit anzurechnen sind, ist in jedem einzelnen Falle nach Maßgabe des Ausfalls der Lehrlings-Prüfung von der betreffenden Bezirks-Regierung zu bestimmen.

Berliner Börse vom 6. März 1856.

| Fonds-Course. | |
|-------------------------|--------------------|
| Kreis. St.-Unl. # 42 | 100½ bez. |
| St.-Unl. v. 1850 # 42 | 101 bez. |
| ditto 1852 # 42 | 101 bez. |
| ditto 1853 # 42 | 98 etw. bez. |
| ditto 1854 # 42 | 101 bez. |
| ditto 1855 # 42 | 101 bez. |
| Präm.-Unl. v. 1855 # 34 | 98 etw. bez. |
| St.-Schles.-Sch. # 32 | 86¾ bez. |
| Seehl.-Pr.-Sch. # 32 | 150 bez. |
| Preuß. Bank-Ant. # 4 | 136½ bez. |
| Posener Pfandb. # 4 | — |
| ditto # 32 | 90¼ Br. |
| Russ. K. K. Stgl. # 5 | 92¾ Gl. |
| Politische III. Em. # 4 | 93¾ Gl. |
| Post. Ob. 1500000 # 4 | 85¾ Gl. |
| ditto # 300000 # 5 | 91 Gl. |
| ditto # 200000 # 20 | 20 Gl. |
| Zamb. Pr.-Unl. # 109 | 98 Br. |
| Ober-schles. A. # 32 | 186 bez. |
| ditto B. # 32 | 186 bez. |
| ditto Prior. A. # 4 | — |
| ditto Prior. B. # 32 | 82 bez. |
| ditto Prior. D. # 4 | 90½ bez. |
| ditto Prior. E. # 31 | 79 bez. |
| Rheinische # 4 | 116½ bez. |
| ditto Prior. Sim. # 4 | 116½ bez. |
| ditto Prior. ... # 4 | 91¼ Br. |
| ditto Prior. ... # 31 | 83½ Gl. |
| Starzard-Posener # 3 | 98 bez. |
| ditto Prior. # 4 | 91½ Gl. |
| ditto Prior. # 4 | 99½ Gl. |
| Wilhelms-Bahn # 4 | 216—220,219 b.u.B. |
| ditto neue # 4 | 180 bez. |
| ditto II. Prior. # 4 | 89¾ Br. |

| Aktien-Course. | |
|-------------------------|-----------------|
| achen-Mastrichter # 4 | 63½ bez. u. Br. |
| ditto Prior. # 4 | 93¾ bez. |
| Berlin-Hamburger # 4 | 114 bez. |
| Ho. Prior. I. Em. # 4 | 102 Gl. |
| lio. Prior. II. Em. # 4 | — |
| ditto # 4 | 163 bez. |
| Breslauer-Freiburg. # 4 | 170 bez. |
| ditto neue # 4 | 153 à 152 bez. |
| | |